

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der 100 Unterhaltsungsbeiträge Leben, Wissen, Kunst und den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerichter monatlich 10 Pf. und für Post beigem. vereinfacht. Et. 175 unter Kreisband für Deutschland und Oberschlesien. Et. 5. - Erhalten täglich aus Ausgabe des Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Ed. 3465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Ed. 1769.  
Verkaufszeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die eingesetzte Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei zweimaliger Wiederholung wird doppelt gebührt. Belehrungen 20 Pf. Zeitschriften müssen bis spätestens 10 Uhr schriftlich in der Expedition abgegeben, dies sind im Voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 5.

Dresden, Sonnabend den 7. Januar 1911.

22. Jahrg.

## Der politische Modernistenfeld.

Es wird uns aus München geschrieben:

Das Zentrum hat man auch keinen politischen Modernisten geflüchtet. Für die feierliche Handlung war ein bürgerlicher Parteitag nach München einberufen worden, der unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand und über den auch die Neuruppin-Presse nur ein fürgestättiges Blatt dieses Protokolls bringt. Aber die Weichfüsse sind bereit genug. Das Zentrum hat alle modernistischen Anwendungen abgeschworen, es will nicht mehr demokratische und nun nicht mehr mit der Gewerkschaftsbewegung liebgießen, es ist wenig zurückgeschrift in den allein jetzt machenden Schach des reaktionären Konservatismus, es ist bereit, jede geistige, politische, wirtschaftliche Freiheit zu unterdrücken. Das Zentrum zieht in den Wahlkampf unter der ansteuernden bishöflichen Parole: Auch wir sind bleibend!

Einen Abdruck in den reaktionärsten Reichstagszulassungen wählen zu lassen, den das deutliche Volk bisher erlebt hat; einen Reichstag mit einer konservativ-konservativen-nationalliberalen Mehrheit, der nicht nur bereit ist, die Bürgerpolitik der Oberschicht zu erhalten und zu verstärken, sondern der auch gewillt ist, im Wege des "gemeinen Rechts" alle Absichten der Umsturz- und Rüdtthausen-Vorlagen zu verwirklichen. Wer die Neuruppin-Presse in den letzten Monaten verfolgt hat, weiß ohnehin, daß das Zentrum auch seine Vergangenheit, da es für politische Freiheiten eintrat, bis zum letzten Stein abzuschwören bereit ist. Hat doch z.B. die große Süddeutsche Zentrumspresse es fertig gebracht, zwar die blutigsten Schmerzminnen die von der Sozialdemokratie angestiegenen Streuel (Kindererschüttern usw.) anschaulich zu berichten, aber den Moabit-Prozeß völlig tollgutweisen. Und Reichmanns Auflösungen verschärfte Curia hat dieselbe Presse mit einem verdächtigen Sieg begüßt. Wenn es nun jetzt zum Kampf gegen die Sozialdemokratie antritt, so sind das doch nur die armen Hände des Konservatismus, die seige, aus Pur vor ihrem eigenen Niedergang, die politische und geistige Weisheitsschere handhaben und aus dem Hinterhalt auf die Stütze verläufen.

Einen bürgerlichen Parteitag hatte man flüglig einberufen, um der Welt weiszumachen, daß das "demokratische" Süddeutsche Zentrum die Führung habe. Im Wirklichkeit war es ein überparteilicher Parteitag in München. Herr Wallen, der seinerzeit den Anschluß der Süddeutschen Zentrale an den Schapsbund vermittelte, und der es noch heute im deutschen Vaterlande bringen möchte, hat den Parteitag dirigiert. Und alle Weichfüsse wurden natürlich einstimmig gefeiert.

Die erste Resolution legt die Wahlkampf fest:

Die Sozialdemokratie wird in der Regel in jedem Wahlkreis den eigenen Ausbuden aufstellen. Das läßt sie nach Tatslichkeit den Erfolg konservativer, konservativer und anderer rechts gerichteter Kandidaturen gegenüber liberalen und sozialdemokratischen Kandidaturen gewinnen. Liberalen Kandidaturen gegenüber bleibt nach Lage der Thise die Stellungnahme von Fall zu Fall vorbehalten. Einheitsdemokratische und Unabhängige Kandidaturen sind außer Acht zu lassen.

Zur Gegenleistung seitens der im Wahlkampf unterstützten Partei wird geredet!

Vor dem "roten Gold" des Hansabundes wurde nichts gewagt!

Der zweite Schluß erläutert den Anschluß des Zentrums an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie:

Der Parteitag der bürgerlichen Zentrumspartei betreibt als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart den Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Er richtet bedarf an alle Anhänger und Vereinigungen der Zentrumspartei die dringende Aufforderung, in der Aufführung seines Volkes über die wirtschaftlichen, politischen und religiösen Ansprüche der Sozialdemokratie nicht zu ermüden.

Man wird also noch mehr schimpfen und verleumden. Der damals beginnt man sich nicht mehr. Man fordert auch die Regierung zu Gewaltaktionen gegen die Arbeiterbewegung auf. Daß dieser Druck ist die dritte Resolution, obwohl sie ja äußerlich als ein Feldzug zur bayrischen Landespolitik gilt, von der allgemeinen Bedeutung:

Der Parteitag erklärt sich in vollster Einmütigkeit zu der von der Zentrumspartei der bürgerlichen Abordnetenklammer angeführten und von beiden Kammer des Landtags angenommenen Resolution gegen das Streitkreis der Eisenbahnbürokratie vollständig einverstanden und spricht die Erwartung aus, daß die Partei baldmöglichst in Zukunft mit dem gleichen Ernst wie sonst verfahren wird.

Er wird weiter die Erwartung aus, daß die Kgl. Staats-

anwaltschaft jedes Befehl für sozialdemokratische Gewerkschaften und Berufe mit allem Nachdruck entgegenwirken werde, insbesondere wenn jene mit dem Konservativen zusammenhängen, welche sich offen zu den Gewerkschaften und Berufen mit allem Nachdruck entgegenwirken werde.

Der Parteitag betont, die Aufnahme in den Staats-

dienst vertragt und das, soweit solche Aufnahmen bereits stattgefunden haben, legt der Tätigkeit der in Staatsbediensteten befindlichen Mitteln entsprechen werden.

Der Parteitag spricht den christlich organisierten Arbeitern und den Gewerkschaften die volle Unterstützung aus.

Der Parteitag spricht die bestimme Erwartung aus, daß die Zentrumspartei mit allen geplanten Mitteln daran wirken werde, daß die Staatsregierung eine klare Stellung in diesen Fragen einnehme und daß die in der Resolution niedergelegten Wünsche durchgeführt werden.

Hier wird zum erstenmal in einem offiziellen Verkündigung der freien Gewerkschaften, ihre insame Niederwerbung gefordert. Bisher haben nur einzelne Abgeordnete und die kleinen Adeligen des Reichstags sich zu dieser Wendung der Zentrumspolitik zu bekennen gewagt. In demselben Augenblick, da man die christlichen Gewerkschaften als wehrlose Knechte unter die Bischofe aufstellt, will man auch die freien Gewerkschaften austreiben. Ein Unterrangen, so frech und zugleich so kindisch, daß man sich fragt, ob denn das Zentrum vom Teufel besessen ist.

Zur Politik der Unterdrückung gesellt sich natürlich auch die Politik der Auszunghung. Folgender Beschluß wurde angenommen:

Der Parteitag begrüßt die Erklärung des Reichskanzlers in der Glenarissung des Reichstags vom 10. Dezember, daß er an der bisherigen Wirtschaftspolitik für das Deutsche Reich, insbesondere am Polizei- und Landwirtschaft und Gewerbe unbedingt festhalte.

Der Parteitag spricht die Übereinstimmung aus, daß die Vertreter der Zentrumspartei im Reichs- und Landtag für diese Wirtschafts- und Politik wie bisher, so auch ferner eintreten und überhaupt die Interessen des landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittelstandes sowie den Ausbau der Sozialversicherung für die arbeitenden Klassen nach Kräften fördern werden.

Der Parteitag warnt alle Befinnungsgenossen vor den Versuchungen des Hansabundes, welcher die betriebswirtschaftliche Wirtschaftspolitik umzulenken will und sich anschaut, mit Aufwendung von gewaltigen Geldmitteln bei den kommenden Wahlen die großen Massen der Wähler zu verführen, um eine leinen sozialkapitalistischen Interessen gefügte Reichstagsabstimmung heraufzubringen.

Der Parteitag hat alljährliche Arbeit geleistet. Er hat die politische Lage zu äußerster Klarheit gebracht.

Deutschland steht am Beginn von Kämpfen um Sein und Nichtsein. Die Reaktion entwidelt das brutale und blinde Ungesüm der Verzweiflung. Die Sozialdemokratie hat die Freiheit der deutschen Entwicklung, die Lebensmöglichkeit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Werdens zu erhöhen. Sie hat zu verbüten, daß das ganze deutsche Volk an die Seite des Modernistenfeldes gelegt wird.

## Die Ausgezeichneten.

Gerade noch rechtzeitig, ehe sich die Liebeskammer zusammelte, um über die ungeheuerlichen Strafanfälle zu beraten, die der Staatsanwalt im Moabit-Prozeß gezeigt hat, veröffentlicht der Reichsanzeiger die offizielle Liste der Polizeioffiziere und Schuhleute, die für ihre Tätigkeit bei den Moabit-Eggessern mit Orden und Zeichen ausgezeichnet wurden. Es sind im ganzen, vom leitenden Polizeiamtmann Klein angefangen, nahezu hundert Männer, unter ihnen auch Herr Lieutenant Holte und manche andere aus den wochenlangen Verhandlungen wohlbekannte Gestalt.

Die Verteidiger Heine und Heinemann, deren vorstellige Reden man an anderer Stelle nachlesen mag, haben sich am Freitag — für objektiv Urtretende nicht umsonst — bemüht, den Beweis zu erbringen, daß ein großer Teil der Angeklagten belastende Polizeiaussagen unglaublich sei, und daß zahlreiche weiter Anklage gestellte Handlungen gegenüber dem Verhalten der Polizei entweder überhaupt nicht stabsart, oder doch außerordentlich milde zu beurteilen seien. Tatsächlich hängt für die Angeklagten jetzt so gleimlich alles davon ab, wie die Kammer das Verhalten und die Aussagen der polizeilichen Belastungsgesetze beurteilt werden wird. Ehe aber das Gericht in die Lage gekommen ist, eine Entscheidung zu treffen, tritt die Regierung zwischen Angeklagte und Richter, um diesen ein bestimmtes Urteil über jene aufzutragen. Die offizielle Veröffentlichung der polizeilichen Ordnungen im trüffeligen Augenbild des schwedenden Gerichtsverfahrens ist, trotz mancher, was man tagaus, tagein erlebt, doch eines der allerhärtesten Stücks, die in den sogenannten preußischen Rechtspflege jemals vorgekommen sind. Die Verteidigung sagt, die polizeilichen Aussagen sind nicht glaubwürdig — da befummert der Major Klein die Krone zum Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife! Eine wahre Flut ungerechter Handlungen soll von der Polizei verübt worden sein! Die Polizeihauptleute Heischko und Kubon legten den Kronenorden dritter Klasse! Der Lieutenant Holte steht ebenfalls im Kreuzfeuer der Verteidigung, man weiß ihm ganz ungewöhnlich-forschend, widergesetzlich Vorgehen und doch gräßliche Unzulänglichkeit als Zeuge vor. Kronenorden dritter Klasse!

Man kann sagen: Allgemeine Ehrenzeichen sind keine Argumente. Auch der stärkste Ordensregen wascht nicht das unzulängliche Blut weg, das an den Moabitischen Gräben hängt. Das Aufsehen der Polizei wird auch durch die Ordnungsverleihung nicht steigen, eher werden manche Leute über den Wert preußischer Orden anders denken lernen als bisher.

Hinzuweisen ist es doch nicht weniger unerhört, daß man nicht einmal den Ausgang der schwedenden Moabit-Prozeße abwartete, ehe man die Veröffentlichung der Ordnungen vornahm, sondern sich dafür gerade den Zeitpunkt aussuchte, der im Sinn einer geordneten Rechtspflege der am allerwidrigsten geeignete ist.

Die Situation des Gerichts und der für die Ordnungsverleihung verantwortlichen Personen wird nicht verbessert durch die Tatsache, daß der Erste Staatsanwalt Steinbrecht am Freitag zugeben mußte, "Mißgriffe" der Polizei seien tatsächlich vorgekommen. Also "Mißgriffe" sind vorgekommen, selbst der Staatsanwalt kann es nicht mehr leugnen, trotzdem fordert man schwere Strafen für die proletarischen Angeklagten, trotzdem wird die Untersuchung gegen die Beamten eingeleitet, die sich dieser "Mißgriffe" schuldig gemacht haben, trotzdem sieht man mit vollem Händen Orden und Ehrenzeichen unter die Beamten! Gerechtigkeit! Gerechtigkeit!

## Die Aktion der Bergarbeiter.

Am Donnerstag fanden im Ruhrgebiet 36 Belegschaftsversammlungen statt, die von den drei konsolidiert vorgehenden Verbänden, dem Zentralverband, dem Kirch-Dunkerischen Gewerbeverein und dem Polnischen Gewerbeverein, einberufen waren. Die Redner der drei Verbände befanden die Ablehnung der Lohnforderungen durch den Gedankenverband und die konsolidierte Grubenverwaltung. Es wurden gleichlautende Resolutionen angenommen, in denen eine Lohnerhöhung von 15 Proz. gefordert wird. Am Sonntag sollen über 50 gleichartige Versammlungen stattfinden.

Über das weitere Vorgehen der Verbände wird berichtet: Da der Gedankenverband die drei Organisationen als nicht kompetent erachtet hat, die Lohnsätze für die angehörenden Gebiete zu regeln, sondern der Ansicht ist, daß die Regelung Sache der einzelnen Grubenverwaltungen mit ihren Belegschaften sei, da führt die konsolidierte Grubenverwaltung zu Recklinghausen sich auf denselben Standpunkt stellt, sollen die abweichenenden Forderungen mindestens durch die Arbeiterausfälle in den einzelnen Grubenverwaltungen zusammenge stellt werden. Es soll gleichzeitig das Erfinden an die Grubenverwaltungen gerichtet werden, möglichst in der zweiten Hälfte des Monats Januar Erhöhung des Arbeiterausfalls statzuden zu lassen, um in diesen Tagen die nachstehenden Forderungen zu besprechen:

1. Ab 1. Februar 1911 soll eine durchschnittliche Lohnerhöhung von fünfzehn Prozent eintreten; mindestens aber sollen die Höhe der einzelnen Arbeitersatzgebiete auf dieselbe Höhe gebracht werden, die sie im vierten Quartal des Jahres 1907 hatten.

2. Das Verhauen der Strecken usw. soll nicht im Rohlengebinde verrechnet werden, sondern im Interesse der Sicherheit der Arbeiter besonders verrechnet, beziehungsweise begabt werden.

3. Die Gedankenverwaltung soll erachtet werden, beim Gedankenverband ihren Einfluß dahin gelehnt zu machen, daß der Zwangsabschluß in einen parlamentarischen umgewandelt wird.

Die im der Eingabe an den Gedankenverband gestellten Knappelschaftsforderungen werden bei den einzelnen Grubenverwaltungen nicht erhoben, da die Arbeiterausfälle nicht berufen sind, ihre Forderungen zu vertreten. Die Verwaltung derselben wird den Knappelschaftsältesten überlassen, mit dem Abrechnen, um Zwecke der Durchführung der in der Eingabe an den Gedankenverband verlangten Reformen die nötigen Schritte einzuleiten. Es wird den Arbeiterausfällen aber empfohlen, die Grubenverwaltungen zu erfordern, der Verneinung der knappelschaftlichen Forderung in einer zu diesem Zweck etwa einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Knappelschaftsverbandes keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Bachum, 7. Januar. In der Bergarbeiterversammlung in Rottweil sprach Holzschuhr zur Frage eines etwaigen Streiks. Wenn es bedarflos zu einem Streik kommen sollte, so werde voraussichtlich dieser Streik nicht ein so allgemeiner sein wie in dem Jahre 1905, denn ein Teil der vom christlichen Gewerbeverein angehörenden Bergarbeiter werde wohl den Streik nicht mitnehmen, ein anderer Teil soll dem Vorgehen der drei Verbände anschließen würde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es auf einzelnen Betrieb anlagen zum Ausland kommt. Von den drei Verbänden werde der Weg wahrgenommen, der eventuell zum Ziel führen könne, aber keineswegs möchte man dabei den Kampf, wenn er sich für notwendig erweisen sollte. Der alte Verband werde dabei sicher nicht tappt gehen. Sollte die organisierten Gedarter werden gelöst, aber die unorganisierten könnten seine Unterstützungen erhalten. Aus gewissen Veröffentlichungen in den Werkstätten gewinnt den Anschein, daß die Gedarter einen Streik schließlich nähren, weil nach ihrer Aussicht der Bergbau dadurch schneller in eine Hochkonjunktur hineingetragen werden werde. Wenn dies zutrifft, können man schon jetzt mit der Hochkonjunktur wischen Kreisen. Die Verbände werden aber nicht die Unterbar im Streik sein. Man willigt mit dem Industrieabschluß, durch ein Jugend-Vertragsmessen repräsentiert, nicht so schnell nieberzuholen könne. Die Ausschreibungen des Arbeitsmarktes wurden von der Verfassung mit Selbst aufgenommen. Es wurde sodann für jede Schachtanlage ein sogenannter Schachtdisziplinierter gesetzt.